



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/11 - 14.1.1953

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Konfessionsschule - nicht stark gefragt	S. 1
Debatte über den amerikanischen Soldaten	S. 3
Trübes Zahlenspiel um Arbeitslosenziffern	S. 5
Zur Klage des badischen Zentrums	S. 6

## Die Eltern waren klüger

F.B. Bei der allgemeinen Verwirrung der Begriffe nimmt es nicht wunder, wenn heute unter dem Schlagwort Elternrecht jeder etwas anderes versteht. Die CDU und mit ihr der politisierende Klerus zum Beispiel glauben, daß mit der Zerschlagung der christlichen Gemeinschaftsschulen und der Einführung von Konfessionsschulen sich die Ausübung des Elternrechts erschöpft. Sie haben dabei vielfach die Rechnung ohne die Eltern gemacht, die ihr Recht im Interesse ihrer Kinder vernünftig ausübten.

Schon in Nordrhein-Westfalen haben viele CDU-Kirchturns-politiker, die allzu eifrig nach dem Teusch'schen Schulgesetz der Gemeinschaftsschule den Garaus machen wollten, das Elternrecht von einer anderen Seite kennengelernt, denn die in Parteiversammlungen und von Kanzeln bearbeiteten Eltern stimmten trotzdem mit großer Mehrheit für die Gemeinschaftsschule. Diese lokalen Ergebnisse ließen jedoch keinen repräsentativen Schluß zu. Jetzt aber liegt das erste größere Ergebnis der Elternrechts-Abstimmung vor, das den Zwergschul-Fanatikern einen empfindlichen Nasenstüber versetzt hat.

Im Regierungsbezirk Rheinhessen, den man getrost zu den streng katholischen rechnen kann, stimmten die Eltern von 25.817 Schülern aus 46 Gemeinden und den Stadtkreisen Mainz und Worms über die Errichtung von katholischen Bekenntnisschulen ab. Davon

waren 14.549 Schüler katholischer Konfession. Für die Bekenntnisschule sprachen sich die Eltern von 5.800 Schülern aus, während über 20000 die Gemeinschaftsschule bevorzugten.

Dieses Ergebnis konnte nicht eindeutiger ausfallen. 80 Prozent der Elternschaft haben sich für die Toleranz und Achtung der Religion des Anderen ausgesprochen. 80 Prozent der Eltern waren der Ansicht, daß die religiösen Belange ihrer Kinder auch in der Gemeinschaftsschule gewahrt werden und 80 Prozent der Eltern ließen es nicht zu, daß durch die Errichtung von konfessionellen Zwergschulen das Bildungsniveau ihrer Kinder gesenkt wird. Besonders erfreulich aber ist, daß auch fast 2/3 der katholischen Elternschaft diese Auffassung vertraten, obwohl es an gegenteiliger Beeinflussung wahrlich nicht gefehlt hat.

Ja, es scheint eine gefährliche Sache zu werden, das Elternrecht. Gefährlich für die, die, siehe oben, das Elternrecht mit Konfessionsschule umschreiben. Freuen wir uns darüber, daß die Eltern klüger sind als die CDU-Politiker im Zivilanzug und in der Scoutane. Sie sind es nicht nur für sich, sondern vor allem für ihre Kinder.

+ + +

#### Zwei Zitate:

"Zu fliehen ist die verkehrte Meinung derer, welche die Religion mit irgendeiner politischen Partei vermengen, so daß sie ihre politischen Gegner fast als Abtrünnige von der christlichen Religion halten".

(Papst Leo XIII., Verfasser der Sozialenzyklika "Rerum Novarum")

+

"Milde bedeutet Schwäche. Die Strafe muß nach den Maßstäben der Klugheit, Gerechtigkeit und Mäßigung erteilt werden, Ablehnung derselben fußt bei den modernen Pädagogen nach Hundhammers Meinung auf dem Unglauben an sich, auf dem Mangel an Erkenntnis der menschlichen Natur. Erziehungsmethoden, die nicht die Erbsünde in Betracht ziehen, sondern davon ausgehen, daß der Mensch gut ist und mit Güte erzogen werden kann, stellen nach Ansicht Dr. Hundhammers 'falsche Experimente' dar. Sie widersprechen dem göttlichen Strafauftrag an Eltern und Erzieher".

(Aus dem 'Katholischen Erzieher'  
Nr. 17/52).

+ + +

47000 USA-Soldaten desertierten in Korea

P.D. Zwischen Präsident Truman und dem ehemaligen amerikanischen Oberbefehlshaber in Fernost, General MacArthur, ist eine erbitterte Fehde ausgebrochen. Es geht um die Frage, wer von Beiden die Schuld trägt an der bedauerlichen Tatsache, daß seit Ausbruch des Koreakrieges 47000 amerikanische Soldaten desertiert sind. Der Konflikt muß alle Angehörigen der westlichen Welt interessieren, denn die seelische Widerstandskraft des Soldaten der freien Nationen ist unteilbar. Mag er Amerikaner, Engländer oder - künftig einmal - Deutscher sein. Jeder sieht auf den Nebenmann. Die Kette unserer Verteidigungsgemeinschaft ist immer nur so stark, wie ihr schwächstes Glied. Wo immer eine "integrierte Armee" ficht, wird man ihre Moral mit gespannter Aufmerksamkeit beobachten.

Nun liegen in Korea sicherlich Sonderumstände vor. Niemand wird es sich herausnehmen wollen, gerade die Amerikaner als das schwächste Glied in der Kameradschaft der abwehrbereiten freien Völker zu bezeichnen. Welches aber waren diese Umstände? Truman glaubt, daß MacArthur durch die ihm nahe stehende amerikanische Hearst-Prresse die Koreapolitik der Washingtoner Regierung so rücksichtslos habe angreifen lassen, daß er damit schließlich den Glauben der eigenen Truppen an den Sieg gefährdete. Der General erwidert, die "Befriedungspolitik" des Präsidenten trage die Hauptschuld daran, daß unsichere Kantonnisten unter seinen Soldaten sich dünne gemacht hätten. Diese Auseinandersetzung vollzieht sich, wie es amerikanische Sitte ist, in breiter Öffentlichkeit.

März 1951 entscheidende Wende

Die Wende des Koreakrieges vollzog sich im März 1951, nachdem die Streitkräfte der UNO am Yalu, dem nordkoreanischen Grenzfluß plötzlich von Übermächtigen chinesischen "Freiwilligen"-kontingenten angegriffen und weit bis in die Mitte der Halbinsel zurückgetrieben wurden. MacArthur hatte zuvor seinen Truppen in Aussicht gestellt, daß sie das Weihnachtsfest daheim in den USA verbringen könnten. Er hatte sich nicht nur geirrt, sondern auch, wie man heute weiß, die notwendigen militärischen Vorsichtsmaßnahmen total außer acht gelassen. Ein sehr lesenswertes amerikanisches Buch: "The General and the President" von Arthur Schlesinger jr. und Richard H. Rovere unterrichtet über diesen Zusammenhang. Dies Werk entwirft ein Porträt des eigenwilligen

amerikanischen Heerführers, dessen Züge vom bisher bekannten Bildnis des Nationalhelden, dem die Besiegung Japans gelungen war, erheblich abweicht.

Der Mythos MacArthur wird bei Offizier und Mann nicht so stark gewesen sein, wie im begeisterungsfreudigen amerikanischen Hinterland. Dies und später dann der militärische Rückschlag dürften den Hauptanlaß zu den bedauerlichen Desertionen gegeben haben. Daneben aber bleibt zu beachten, daß die politischen Konzeptionen, die dem Koreakonflikt vorangingen und ihn begleiteten, tatsächlich unklar waren. Heute noch weiß der fern von Washington weilende kleine Mann nicht, warum die Amerikaner Südkorea zur Unzeit geräumt hatten und wie sie nunmehr auf die unerträgliche Herausforderung des kommunistischen Überfalls in einer Weise antworten wollen, die den Weltfrieden nicht gefährdet und doch die Sache zu einem günstigen Ende bringt.

#### Nutzanwendung auf Europa

Gibt es eine Nutzenanwendung auf Europa? Auch die EVG bereitet sich auf einen Verteidigungskampf in Allianz mit verschiedenen nationalen Kontingenten vor. Soll die Truman-MacArthur-Fehde einen Sinn haben, so ist aus ihr die Folgerung zu ziehen, daß die psychologischen Vorbereitungen für das Funktionieren einer derartigen Waffengemeinschaft gar nicht sorgfältig genug getroffen werden können. Darum und nicht um eines bloßen Querulantentums willen, bemüht sich die deutsche Opposition so eifrig um die Herstellung echter Gleichberechtigung. Das ist der Grund, warum sie die Westverträge, die in dieser Hinsicht versagen, noch einmal gründlich überarbeiten möchte.

Niemand von uns blickt schadenfroh auf die erstaunlich hohen Ziffern der amerikanischen Desertionen. Keiner läßt sich dadurch den Blick für die großartigen militärischen Leistungen trüben, die die Kämpfer der Vereinten Nationen in Korea vollbracht haben. Aber neben alledem drängt sich uns die Forderung auf: Man lasse kein Volk und seine Soldaten durch unvorhergesehene militärisch-politische Kombinationen überrascht werden. Klare, faire Verträge und strategische Konzeptionen, die allen beteiligten Völkern ein Höchstmaß von Sicherheit bringen, sind die Vorbedingungen eines vollen Einsatzes und übernationaler Kameradschaft. In dieser Beziehung haben alle Völker noch viel zu lernen.

+ + +

Trübes Zahlenspiel um Arbeitslosenziffern

K. 7. Es bleibt den westdeutschen Unternehmerkreisen vorbehalten, über die Industrie- und Handelskammern "kritische" Kommentare zu der Arbeitslosenstatistik zu liefern. Ist schon allein das Zahlenspiel um die Arbeitslosenziffern eine Verächtlichmachung der Menschen, die durch die "fortschrittliche" Wirtschaftspolitik der Bundesregierung immer noch ohne Arbeit sind, so mutet es wie ein schlechter Witz an, wenn man Begriffe wie voll arbeitsverwendbar, beschränkt arbeitsverwendbar und nicht oder kaum arbeitsverwendbar zu Hilfe nimmt, um damit die tatsächlich hohe Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik in einem für diese Kreise optimistischen Licht zu sehen.

Die Bundesanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung stellte in der Zeit des saisonmäßig günstigsten Beschäftigungsstandes, im Oktober 1952, eine Erhebung über die Arbeitsverwendbarkeit an. Von 1.005.900 Arbeitslosen im Bundesgebiet waren 58,7 Prozent voll arbeitsverwendbar, 34,8 beschränkt arbeitsverwendbar und nur 6,5 Prozent nicht oder kaum arbeitsverwendbar. In Wirklichkeit waren jedoch damals 93,5 Prozent als arbeitslos zu bezeichnen, denn es ist weder sozial noch wirtschaftlich zu rechtfertigen, beschränkt arbeitsverwendbare Arbeitslose als nicht arbeitslos anzusehen. Gerade ihre Verwendung im Arbeitsprozeß ist nach wie vor ein öffentliches Anliegen, und es kann umso dringender werden, wenn eines Tages vollverwendbare Arbeitskräfte im Hinblick auf die erstrebte Remilitarisierung aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden sollten.

Diese nicht vollverwendbaren Arbeitslosen sind zum größten Teil Arbeitslosen-Unterstützungsempfänger und ihnen sollte daher der richtige Arbeitsplatz zugewiesen werden, auf dem sie nach einer gewissen Anlaufzeit zu normalen Arbeitsleistungen kommen könnten. Wenn jetzt, wo die Zweimillionengrenze in der Arbeitslosenziffer überschritten ist, wiederum die gleichen Kreise mit den gleichen Argumenten kommen und erklären, diese Zahlen stimmen nicht und sind viel zu hoch angesetzt und weiter hinzufügen, daß es eine "riesengroße Zahl von Schwarzarbeitern unter den Arbeitslosen" gibt, so will man den wirklichen Tiefstand der Arbeitsbeschäftigung nicht wahrhaben.

Auch über die Schwarzarbeit innerhalb der registrierten Arbeitslosen sind Ermittlungen in den verschiedensten Bundesländern angestellt worden. Sie haben ergeben, daß etwa 10-11 Prozent der Unterstützungsempfänger, die rund 75 bis 80 Prozent aller Arbeitslosen ausmachen, Schwarzarbeit und nicht gemeldete Gelegenheitsarbeiten verrichten, so daß selbst unter Berücksichtigung dieser Tatsache sich die Gesamtzahl der Arbeitslosen im Bundesgebiet nicht wesentlich ändert. In diesem Zusammenhang sei auch noch darauf hingewiesen, daß es ein schlechter Rechtsgrundsatz ist, wenn man nur diejenigen bestraft, die Schwarzarbeit verrichten. Genau so wichtig erscheint es für eine gesunde Wirtschaftsmoral, daß auch diejenigen bestraft werden sollen, die Schwarzarbeit vergeben und Schwarzarbeiter beschäftigen. Das Spiel mit den Arbeitslosenziffern selbst sollte lieber unterlassen bleiben, denn es ist eines wirtschaftlich gesunden Unternehmertums nicht würdig, mit den arbeitslosen Menschen eine mehr als zweifelhafte Zahlenakrobatik zu treiben.

+ + +

#### Badisches Zentrum klagt gegen Erzbischöfliches Ordinariat

Aus Baden-Württemberg wird uns geschrieben:

Es ist schon eine kleine Sensation, wenn in Freiburg der Prälat Dr. Föhr gegen den Erzbischof vor Gericht aufmarschiert, wenn ausgerechnet das junge badische Zentrum den Richter gegen die höchste kirchliche Behörde anruft. Die Vorgeschichte des in so mancher Hinsicht recht pikanten Falles geht in das Jahr 1933 zurück. Damals übereignete das badische Zentrum, bevor es sich auflöste, seine Badenia-Aktien, die Aktien der großen Karlsruher Druckerei seines Parteiblattes, dem Erzbischöflichen Stuhl zu treuen Händen - um sie vor den zupackenden Händen Hitlers zu retten. Was denn auch glückte.

Als nach 1945 das Zwischenspiel der Rechtlosigkeit vorbei war, wurde auch in Baden statt des einstigen katholischen Zentrums die interkonfessionelle CDU gegründet; sie nannte sich übrigens in Baden zunächst Christlich-soziale Volkspartei. Damals fiel es schon auf, daß der frühere Vorsitzende der Zentrumsfraktion im Badischen Landtag, Dr. Föhr, nicht mit in vorderster Reihe marschierte. Dr. Föhr, der

schon als junger Pfarrer zu seiner parlamentarischen Würde aufgestiegen war, ein streitbarer Kämpfer für die klerikale Sache, fehlte - die öffentliche Lösung des Rätsels ergab sich, als unter seiner Führung vor etwa einem Jahr das badische Zentrum als rein katholische Partei seine etwas verspätete Auferstehung feierte. Noch bei den Wahlen zur Stuttgarter Verfassungsgebenden Versammlung konnte man da und dort annehmen, das neue Zentrum am Rande der CDU werde sich einigermaßen durchsetzen.

Mittlerweile ist es aber wieder recht still geworden um die Partei des inzwischen zum Prälat avancierten streitbaren Dr. Föhr. Umso Überraschender ist das, was dieser Tage aus Freiburg gemeldet wurde: Ausgerechnet Prälat Dr. Föhr hat gegen das Erzbischöfliche Ordinariat vom Leder gezogen. Keineswegs wegen Richtungsfragen, etwa wegen gewisser programmatischer Unterschiede zwischen badischem Zentrum und CDU und der Haltung des Erzbischofs in den gegenwärtig aktuellen Kirchen- und Schulfragen. Es geht vielmehr um ganz reale, sogar um ganz materialistische Dinge ... um die Badenia-Aktien !

Uns interessiert hier die Rechtsfrage nicht. Ob der Erzbischof die vor Hitler in die Kirche entflochtenen Aktien des einstigen Zentrums behält, ob sie der Prälat Dr. Föhr für sein Zentrum zu Recht beansprucht, mag das Gericht entscheiden. Was hier allein von Belang erscheint, ist die politische Färbung der Angelegenheit. Der Erzbischof weigert sich nämlich, die Aktien auszuliefern mit der auch historisch pikanten Begründung: Das alte Zentrum sei eine von der katholischen Kirche abhängige Partei gewesen und er, der Erzbischof, habe das Recht zu entscheiden, wer Rechtsnachfolger sei.

Was hätte der alte Windthorst und manch anderer Politiker des einstigen Zentrums dazu gesagt ?

+ + +